

53/I/2021

Beschluss

geändert angenommen

Antisemitismus bekämpfen – auch an Schulen!

Annahme in geänderter Fassung. Letzter Absatz erledigt durch Regierungshandeln:

In den letzten Jahren war Antisemitismus an Schulen immer wieder ein Thema. Dieser zeigt sich in Beleidigungen, Mobbing und körperlichen Angriffen. Täter*innen sind dabei in den bekanntgewordenen Fällen meist Schüler*innen, aber auch Lehrer*innen. Die Häufigkeit der Angriffe zeigt deutlich, dass Präventionsarbeit gegen Antisemitismus an Schulen ~~gegenwärtig nicht ernst genug genommen wird~~ noch mehr Gewicht beigemessen werden muss.

Antisemitismus gibt es in jeder Bevölkerungsgruppe. Demnach ist es leider nur logisch, dass Antisemitismus vor unseren Schulen keinen Halt macht. Weil wir es wichtig finden, dass Schüler*innen sich eine differenzierte politische Meinung bilden, gehört es für uns auch dazu, dass sie auf antisemitische Aussagen oder Andeutungen angesprochen werden. Das ist nur möglich, wenn die Schule ein Umfeld ist, in dem Antidiskriminierung ernst genommen wird und es Personen gibt, die für solche Auseinandersetzungen geschult sind.

Weiterbildungen für Lehrer*innen:

Deshalb fordern wir ein umfassendes Fortbildungsprogramm für Lehrer*innen und andere Schulmitarbeitende, das sie sowohl darin schult, was Antisemitismus ist und wie sie ihn erkennen können, als auch Hilfen für die Konfrontation antisemitischer Haltungen bei Schüler*innen anbietet. Darüber hinaus müssen das Thema Antisemitismus, wie auch andere Diskriminierungsformen, mehr Aufmerksamkeit im Lehramtsstudium bekommen. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich Lehrer*innen mit Diskriminierungsformen auskennen und so betroffene Schüler*innen unterstützen können. Gerade die oft subtilen Ausformungen von Antisemitismus müssen schon früh bei Schüler*innen erkannt werden, damit antisemitische Übergriffe an Schulen verhindert werden können und sich jüdische Schüler*innen nicht bedroht fühlen. Leider ist auch Antisemitismus ~~unter Lehrer*innen ein großes~~ in allen Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen ein größer werdendes Problem. Deswegen müssen sich besonders die Schulleitungen mit dem Thema auseinandersetzen. Schüler*innen, die sich über antisemitische Äußerungen im Unterricht beschwerten, brauchen eine klare Anlaufstelle mit geschulten Zuständigen, die die Beschwerde der Schüler*innen ernst nehmen, statt sie herunterzuspielen oder die Lehrer*innen zu decken bzw. mit den Problemen alleine lassen.

Aufklärungsarbeit ins Hier und Jetzt holen:

Aufklärung über Antisemitismus scheitert oft daran, dass sich Schüler*innen nicht angesprochen fühlen. Antisemitismus wird dann nur mit Verweis auf den Nationalsozialismus diskutiert. Die Aufklärungsarbeit an Schulen sollte aber genauso strukturellen Antisemitismus, Israelkritik und aktuelle Verschwörungstheorien thematisieren. Nur so können die Schüler*innen Antisemitismus in ihrem Alltag erkennen und sich gegen Antisemitismus positionieren. Hierfür gibt es Materialien und Programme. Wir fordern, dass die Landesregierung jeder Schule solche Angebote zu Verfügung stellt.

Für professionelle Gedenkarbeit:

Außerdem soll jede*r Schüler*in im Rahmen eines professionellen Programms die Möglichkeit haben, eine Gedenkstätte zur Shoah zu besuchen und dafür auch eine angeleitete Vor- und Nachbereitung zu bekommen. Die Kosten dieses Gedenkstättenbesuches sind in vollem Umfang von Bund und Land zu leisten.

Um eine umfassende Gedenkarbeit zu leisten, die zweifelsohne wichtiger Bestandteil des politischen Verständnisses ist, sind jegliche finanzielle Hürden abzubauen. Diese Programme sollen nicht verpflichtend sein, aber Lehrer*innen sollen angeregt werden, mit ihren Klassen über die Möglichkeit zu sprechen und sich dabei Hilfe von den pädagogischen Mitarbeiter*innen der Gedenkstätten zu holen.

~~Eine*n eigenständige*n Antisemitismusbeauftragte*n im Kultusministerium. Wir fordern, dass das Kultusministerium eine*n Antisemitismusbeauftragte*n anstellt. Das Thema Antidiskriminierung an Schulen ist vielfältig und wichtig, darum fordern wir die Einstellung einer*eines gesonderten Antisemitismusbeauftragten.~~